

Rieser Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Druckerschrift: Tagesblatt Rijsa.
Fernruf Nr. 20.

Das Rieser Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen
der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Amtsgerichte und des
Rates der Stadt Rijsa, des Finanzamts Rijsa und des Hauptpostamts Meißen.

Postkontos: Dresden 1880
Circulose Rijsa Nr. 52.

Nr. 201.

Sonnabend, 29. August 1925, abends.

78. Jahrg.

Das Rieser Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig durch Post oder durch Noten. Für den Fall des Eintritts von Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Kammer des Ausgabebetages sind bis 9 Uhr vormittags anzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 20. zum ersten, 3 zum hohen Grundpreis-Zeile (6 Zeilen) 25 Gold-Pfennige; die 50 am besten Platzseite 100 Gold-Pfennige; zeitraumbesondere und tabellarischer Satz 50%, Ausschlag. Feste Tarife. Herkömmliche Rabatte erstreckt, wenn der Betrag verfallt, durch Rijsa eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Rijsa. Achtstellige Unterhaltungsbeilage "Waghalter an der Elbe". - Im Falle höherer Gewalt - Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungsanstalten - hat der Bezahler keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückerstattung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Rijsa. Geschäftsstelle: Goethestraße 39. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlemann, Rijsa; für Anzeigen: Wilhelm Dietrich, Rijsa.

Die deutsche Antwortnote.

1 Berlin. Die der französischen Regierung am 27. August überreichte Antwort der Deutschen Regierung hat folgenden Wortlaut:

Die Deutsche Regierung beachtet die Empfang der französischen Note vom 24. August zu bekräftigen.

Die am Schluß der französischen Note ausgesprochene Ansicht, daß eine Fortsetzung des Notenwechsels kaum geeignet wäre, zu einer weiteren Klärung der mit dem Abschluß eines Sicherheitspaktes zusammenhängenden Fragen zu führen, wird von der Deutschen Regierung, die dem Wunsch nach möglicher Beschleunigung der Erörterungen in der Note vom 20. Juli auch ihrerseits Ausdruck gegeben hatte, durchaus geteilt. Die Deutsche Regierung bekräftigt deshalb die von Seiner Exzellenz dem französischen Herrn Reichsminister mündlich mitgeteilte Äußerung, daß die juristischen Sachverständigen Deutschlands, Belgiens, Frankreichs und Großbritanniens möglichst bald zusammenzutreffen, um dem deutschen Sachverständigen Gelegenheit zu geben, sich von den Ansichten der alliierten Regierungen über die juristische und technische Seite der zur Erörterung stehenden Probleme zu unterrichten.

Unter diesen Umständen glaubt die Deutsche Regierung, nachdem sie ihren Standpunkt zu einer Reihe der wichtigsten Fragen in der Note vom 20. Juli dargelegt hat, von einer weiteren schriftlichen Erläuterung dieses Standpunktes und von einer Zielangabe zu den Ausführungen der französischen Note jetzt absehen zu können.

Der Kampf um die Preise.

Auf der ganzen Linie hat der von der Regierung angeführte Kampf gegen die Preissteigerung der wichtigsten Rohstoffe begonnen. Die Reichsregierung bemüht sich, eine Einheitsfront der Erzeuger, Verbraucher und Zwischenhändler gegen übertriebene Preisbildung herzustellen. Daß die Herstellung einer solchen Front, besonders wenn sie wirklich schlagkräftig sein soll, nicht gerade einfach ist, ergibt sich aus der trotz aller ideell betonten Gemeinsamkeit des Endzieles doch noch bestehenden Interessengegenstände. Erlebt man es doch täglich, daß eine Wirtschaftsgruppe die andere mehr oder weniger offen als schuldig an der Preisentwicklung bezeichnen und daß jede Gruppe einzeln für sich statistisch haarfein ihre Unschuld nachzuweisen sucht.

Die Regierung hat sich zunächst an die in der Preisbildung maßgebenden Unternehmerverbände gewandt und die Zulassung erhalten, daß die Erleichterung in der Umfassungenerhebung sich tatsächlich in den neuen Preisfestlegungen der Großverbände auswirken sollte. Es ist sehr bedauerlich, daß gerade die Preise derjenigen Gruppen, die immer den Kampf gegen die Preispolitik der Kartelle geordert hat, durch offenen Hohn und durchaus negative Kritik das Vorgehen der Regierung wirkungslos zu machen sucht, nur, weil es sich um eine Rechtsregierung handelt. Nicht was geschieht, ist diesen Kreisen wichtig, sondern wer es unternimmt.

Auch den Arbeitnehmergruppen ist nahegelegt worden, nicht durch Wirtschaftskämpfe die Lage noch zu verschärfen. Nächst es doch auf der Hand, daß jede Streikbewegung die Wirtschaft schädigt und daß gerade im jetzigen Augenblicke nominelle Lohnverbesserungen auch die Produktion verteuern und den Realwert des Lohnes herabdrücken. Es ist deshalb sehr zu begrüßen, daß endlich der schon monatelang währende Bauarbeiterstreik beigelegt ist. Diese Schlichtung dürfte auch auf die anderen Arbeitnehmergruppen eine wohlthätige Rückwirkung ausüben. Gerade im jetzigen Augenblicke, an der Schwelle des September, tut Zusammenfassung aller Kräfte not, da die Davesforderungen beginnen.

Der Kampf in der Textilindustrie unvermeidlich.

1 Leipzig. Eine hier stattgefundenen Kart Befuchte Funktionärsversammlung der Textilarbeiter aus der mittel- und westfälischen sowie der thüringischen Textilindustrie nahm Stellung zu dem am 25. August 1925 vom Reichsarbeitsministerium gefällten Schiedspruch, der eine Lohn-erhöhung von 10 Prozent vorschlägt. Die Konferenz lebte einstimmig den Schiedspruch ab, so daß ein Kampf unvermeidlich ist.

Vertagung der Lohnverhandlungen bei der Reichspost.

1 Berlin. Die Lohnverhandlungen in der Deutschen Reichspost sind mit Rücksicht auf die zur Zeit schwebenden Maßnahmen der Reichsregierung bis Anfang September vertagt worden.

Die Weltkirchenkonferenz.

1 Stockholm. Die Weltkirchenkonferenz wandte sich gestern der Beratung über die Reform der Schulbücher für den Geschichtsunterricht im Sinne des Schwerebens der Völker zu. Professor Nordenskiöld (Gotenbura) schlug die Gründung einer internationalen Kommission für Schulbücher vor. Von den vier deutschen Sprechern präferierte Oberkonsistorialrat Scholz (Berlin) gegen die geschichtlich unwahre Behauptung des Ergänzungsbüchleins, daß der deutsche Geschichtsunterricht, wie die deutsche Politik seit langem dynastisch und militaristisch gewesen sei. Der Redner schloß: Von unsern Veldern lernen wir den Willen zur Lebenshingabe für das Vaterland. Oberlehrerin Barth, die darauf sprach, verwies auf die deutsche Schulreform, die ein inneres Verleben fremder Volkskulturen betone. Rektor Adam (Barmen) berichtete darauf über christliche Lehrerbildung und deutsche Lehrbücher.

Im weiteren Verlauf der Sitzung wurde ein Vorschlag des Nikolaus Berny angenommen, ein Buch herauszugeben, das den Dank der Konferenz an den König von Schweden und das schwedische Volk für die bewiesene Gastfreundschaft darstellen soll.

In der Nachmittagsstunde bildete den Höhepunkt die Beratung der Methoden der organisatorischen Zusammenarbeit der Kirchen. Für Deutschland sprach der Präsident des Kirchentages Freiherr v. Wichmann (München). Er führte u. a. aus: Es gilt ein gemeinsames Bekenntnis in bedeutungsvoller Stunde. Hierbei darf die deutsche Stimme nicht fehlen. In Christus liegt das einigende Band, das über alle Mächte hinweg verbindet. Wir wollen brüderlich zusammenwirken, solange es Tag ist.

Der Internationale Kongreß für das Kind.

1 Genf. Weitern fand die Schlußsitzung des ersten Internationalen Kongresses für das Kind statt. Es wurden eine Reihe von Resolutionen angenommen, die in den Kommissionen ausgearbeitet worden waren, wobei es bei der Resolution über die Erziehung des Kindes zum Frieleben zu einer längeren Debatte kam. Ueber Ort und Zeitpunkt des nächsten Kongresses für das Kind wurde nichts beschlossen, dagegen wurde das Vorhandbüro des ersten Kongresses für beständig erklärt und eine Erhöhung der Mitgliedszahl um 12 Vertreter vorgeschlagen, von denen mindestens zwei in Europa und zwei in Amerika gewählt werden müssen. Das Vorstandsbüro wurde schließlich damit beauftragt, den Schweizerischen Bundesrat zu ersuchen, der nächsten Völkerbundsversammlung die von dem Kongreß angenommenen Resolutionen zu unterbreiten.

Die Lage in Marokko.

1 Paris. (Funkpr.) Dasas meldet, daß die am 26. im Gebiet der Branes begonnenen Operationen sich planmäßig entwickelt haben. Am Abend des 27. hätten die Truppen ihr Ziel erreicht, nachdem die Einschließung des Dschebel Amiel und des Dschebel Rihi vollkommen gelückt sei. Infolge dieser glücklichen Durchführung hätten verschiedene Stämme der Branes mitgeteilt, daß sie bereit seien, sich bedingungslos zu unterwerfen.

Die Wirren in China.

1 Paris. Wie Chicago Tribune aus Washington berichtet, ist nach einer Mitteilung des Staatsdepartementes die Stadt Kanton durch Kaderisten aus Champo besetzt worden, welche Kommunisten seien und mit der Partei Sunpatiens sympathisieren. Es werde angenommen, daß etwa hundert Beamte, die in die fürliche Ermordung des Finanzministers Liao-Chung-hai verwickelt waren, festgenommen worden seien. Die Kaderisten belähen Artillerie und seien im Besitz der strategisch wichtigen Punkte der Stadt. Der Kampf dauere noch an.

Französische Strafverurteilung in der Pfalz.

1 Berlin. Das französische Militärpolizeigericht in Sandau verurteilte einen gewissen Hans Zimmer aus Essen wegen Vorfassung und ungebührlicher Haltung gegenüber einem französischen Kriminalbeamten zu vier Monaten Gefängnis. Ein Krikaner, der im April von der französischen Behörde aus dem besetzten Gebiet ausgewiesen wurde, aber später ohne Genehmigung zurückkehrte, erhielt drei Monate Gefängnis. Zwei junge Leute, Herbert Ewisch und Hans Müller, beide ohne festen Wohnort, waren am 5. August in der Nähe von Frankenthal ohne Ausweispapiere und im Besitz eines Dolches angetroffen worden. Beide wurden wegen Vahvergehens und Waffensbesitzes zu je 20 Tagen Gefängnis verurteilt.

Vor der Senfer Völkervereinigung.

1 Berlin. In den Berliner diplomatischen Kreisen verlaunt, daß die Septembertagung des Völkervereinigung zweifellos mit einer Reihe wichtiger Beratungen über die Frage eines Friedenspaktes und des Eintritts Deutschlands in den Völkervereinigung ausgefüllt sein werde. Die Reichsregierung habe inzwischen Vorzüge dafür getroffen, daß sie von ihrem Vertrauensmann in Genf über alle Einzelheiten der dortigen Erörterungen unterrichtet wird. Auch in Deutschland habe man den Eindruck, daß die Tagung des Völkervereinigung von großer Bedeutung für die Weiterentwicklung der Dinge sein könne, wenn die alliierten Staatsmänner die Gelegenheit wahrnehmen, das deutsche Problem zur Erörterung zu stellen. Im Kulamurubana Hermitis

nimmt man an, daß der französische Ministerpräsident Waldeck und der englische Außenminister Chamberlain in der Eröffnungsitzung des Rates auch für Deutschland bedeutungsvolle Erklärungen abgeben werden.

Das Schweizer Echo.

Wie das heißt und schallt, das Echo in den glauantischen Schweizer Bergen! Aber auch das politische Echo der letzten Briandnote in der Schweiz verdient in der ganzen Welt gehört zu werden. Die französische Regierung, schreibt der "Berner Bund" kommt in der Sache Deutschlands nicht oder nicht nennenswert entgegen. Sie diskutiert zwar die deutschen Vorschläge oder Einwendungen ziemlich eingehend, hält aber in jedem Punkt an ihrer Ansicht fest. Das einzige Positive in ihrer Note ist die Einladung zu Verhandlungen, aber wie soll Deutschland Vertrauen in diese Verhandlungen haben, wenn schon jetzt seine Vorschläge abgelehnt werden, und es sich von Anfang an einem auf ganz bestimmte Bedingungen sich festlegenden Gegner gegenübersteht? Diese Frage trifft den Kern der ganzen Angelegenheit. Ihn sollten alle deutschen Volksschichten beachten und aufmerksam betrachten. Werden sie dann pessimistisch getrimmt, dann erscheint das nicht verwunderlich.

Ein Dolchstoß der österreichischen Regierung.

1 Aus Wien ist die sehr befehlige Nachricht gekommen, daß der österreichische Außenminister Radau den Polen für die Ausfuhr überschüssiger Kohle nach Italien weitgehende tarifliche Zugeständnisse gemacht hat und daß Polen dafür die österreichischen Industrieausfuhr nach Polen gewisse Erleichterungen gewährt hat. Auch in Wien dürfte es bekannt sein, daß Polen zur Zeit mit Deutschland in einem von Polen heraufbeschworenem und mit großer Schärfe geführtem Wirtschaftskriege steht. Das Verhalten Österreichs, das es Polen ermdglicht, überschüssige Kohlen in größeren Mengen nach Italien durchzuführen, schwächt natürlich außerordentlich die Kampfstellung Deutschlands. Die Haltung der österreichischen Regierung, die in erster Linie auf die auschlussfeindliche Einstellung des Außenministers Radau zurückzuführen ist, bedeutet eine außerordentlich unfreundliche Handlung gegenüber Deutschland. In Österreich selbst herrscht bei der national gesinnnten Bevölkerung große Empörung über diesen Verrat an der gemeinsamen Sache des deutschen Volkes. Es ist wohl kein Zufall, daß sich auch Stipel gerade jetzt wieder in besonderer Schärfe gegen den Anschlussgedanken als solchen ausgesprochen hat.

Die Leiden der Optanten.

1 vds. Im Optantenlager in Schneidewahl haben viele Optanten jetzt Angaben über die Art ihrer Ausweisungen gemacht, die die Praxis der polnischen Behörden in vielen Fällen als geradezu unmenschlich erweisen lassen. Unter Außerachtlassung der einfachen Gebote der Menschlichkeit haben die polnischen Ausweisungsbehörden Familien von Haus und Hof vertrieben, bei denen sich Schwerfranke befanden. Rücksichtslos wurden auch Frauen ausgewiesen, die kurz vor oder nach der Entbindung standen. Mütter mit übersehn Tagen alten Kindern mußten die Abreise mitmachen. Die Angaben der Optanten werden genau nachgeprüft und unter Auführung der Beweise der Öffentlichkeit mitgeteilt werden.

Die Kommunistenlandgebungen in Paris.

1 Paris. Nach den bis gestern abend 9 Uhr vorliegenden Berichten scheint die kommunistische Landgebung, die trotz dem Verbot am Donnerstag abgehalten werden sollte, vollkommen gescheitert zu sein. Die Kommunisten versuchten, sich am Opernplatz zu sammeln, wurden jedoch leicht zerstreut. Die Polizei, die mit großem Aufgebot erschienen war, nahm 30 Verhaftungen vor.

Die gefrisen kommunistischen Landgebungen in Paris.

1 Paris. (Funkpr.) Ueber die gestern abend veranstalteten kommunistischen Landgebungen teilen die Morgenblätter mit, daß die Zusammenkünfte besonders heftig vor der Oper waren, wo die Kommunisten versuchten, die Besucher der Oper am Eintritt zu der Ausstellung zu verhindern. Sie gingen mit Fuchritten und Stockschlägen gegen die eingetretenden Polizisten vor, von denen viele leicht und zwei schwer verletzt wurden. Es wurden über 140 Personen verhaftet, von denen 118 im Laufe der Nacht wieder freigelassen wurden.

Ein Vorschlag zur Selbsthilfe des deutschen Weinbaues.

1 vds. Auf der Tagung des Untermosel-Gaues des Winzerverbandes für Mosel, Saar und Ruwer erstattete Direktor Faust einen Bericht über die Befehung der Notlage des Wingerhandes. Die Winger seien auf Selbsthilfe angewiesen und ihre erste Arbeit bestände in der Schaffung eines größeren Absatzes für den deutschen Wein. An Beispielen zeigte der Redner, daß besonders die norddeutschen Vordelberger monachmal mit einem Gewinn von über dreihundert Prozent arbeiteten. Dadurch werde der Konsum des deutschen Weines manchen Kreisen entzogen und die Not der Winger erhöht. Diefem Mangel müßte die Spitze abgebrochen werden. Direktor Faust schlug die Gründung eines Absatz-Gesellschaft in Berlin vor, durch die die Möglichkeit geboten werde, deutschen Wein auf billigerem Wege zum Verbraucher zu bringen zu lassen.